SVP UDC

BERNER Journal BERNOIS

SVP UDC

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • Februar/März • Nr. 1–2012

AZB 3000 Bern 25

Adrian Amstutz leitet die SVP-Bundeshausfraktion
Seit dem 21.01.12 ist Adrian Amstutz Präsident der SVP-Bundeshausfraktion. Seine Gedanken anlässlich der Wahl und zum Entscheid, nicht in die Opposition zu gehen, lesen Sie auf **Seite 3**

Abstimmungsvorlagen
Am 11. März wird über 5 eidgenössische Vorlagen abgestimmt. Worum es im Einzelnen geht und welche Abstimmungsempfehlungen die SVP Kanton Bern abgibt, erfahren Sie auf den **Seiten 4 – 8**

Manfred Bühler neu 3. Vizepräsident
Am 9. Februar wählten die Delegierten der SVP Kanton Bern Manfred Bühler einstimmig als 3. Vizepräsident der Partei. Mehr über diese Verstärkung der Parteileitung lesen Sie auf **Seite 12**

Zurück zur Sachpolitik!

Rudolf Joder, Nationalrat und Parteipräsident, Belp

Das politische Jahr 2012 hat turbulent begonnen. Es ist zu hoffen, dass die Serie von unschönen Ereignissen im Umfeld unserer Partei definitiv abgeschlossen ist. Wir sind nicht ein Club für persönlichen Knatsch und Tratsch, angereichert mit viel Peinlichkeiten. Sondern wir sind die grösste politische Partei und tragen Verantwortung.
Wir verlangen, dass die SVP zur Sachpolitik zurückkehrt. Die bernischen Exponenten setzen sich auf allen Stufen dafür ein.
Wir verlangen, dass die Entscheide innerhalb der Parteigremien und nicht vorher und ausserhalb gefällt werden.
Und wir setzen uns dafür ein, dass die Zusammenarbeit mit den andern bürgerlichen Parteien verbessert wird.
Wir haben unserer Wählerschaft versprochen, aktiv und engagiert bürgerliche Politik zu machen. Dieses Versprechen wird eingehalten und jetzt umgesetzt.

Solides Fundament

Auch im Jahr 2012 wollen wir unsere Aufgabe umfassend wahrnehmen. Die SVP des Kantons Bern steht auf einem soliden Fundament. Wir haben 247 Ortssektionen. Die Mitgliederzahl bewegt sich zwischen 16000 und 17000. Die Rechnung für 2011 wird nicht mit roten, sondern mit schwarzen Zahlen abschliessen. Und der SVP-Wähleranteil konnte bei den Nationalratswahlen im Vergleich zu den Grossratswahlen um 2.4% gesteigert werden.

Treue Wählerschaft

Am 23. Oktober 2011 sind für die Bernische SVP 2.7 Millionen Stimmen abgegeben worden. Mit einem Wähleranteil von 29% ist die SVP weiterhin klar die stärkste Partei. Dies zeigt sich auch darin, dass die SVP in 9 von 10 Wahlkreisen und in 343 Gemeinden am meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, wobei in 60 Gemeinden sogar die absolute Mehrheit erreicht wurde. Dies ist Ausdruck von grossem Vertrauen und gibt uns Motivation für die weitere Arbeit.

Intensives Arbeitsprogramm

Aktuell stehen auf dem Arbeitsprogramm für das erste Quartal mehrere Traktanden.
Das erste Traktandum konnte bereits erfolgreich abgehakt werden. Nicht zuletzt

STAND

«Meh Wulle statt Gschär»

In letzter Zeit mehren sich die Stimmen, die sagen, sie hätten genug von der Politik. Immer nur dieses «Gstürm» unter den Parteien, davon hätten sie genug.

Das kann man niemandem verdenken. Die Politik wartete in den letzten Jahren mehr mit Skandalen und Streitereien auf anstatt mit Positivmeldungen: Finanzkrise – Geld weg, Wirtschaftskrise – Jobs weg, Gewinnmaximierung – Mittelstand weg.

All die Negativ-Schlagzeilen erwecken den Anschein, dass es keine engagierten Menschen mehr gibt und dass die Parteiprogramme nur aus Schlagworten bestehen. Vielleicht sollte man sich öfter mal die Mühe nehmen, die sorgfältige Arbeit der so genannten Hinterbänkler zur Kenntnis zu nehmen und auch mal einen Blick in das umfangreiche und fundierte Parteiprogramm werfen.

Lassen wir das «Gstürm» also hinter uns und konzentrieren uns auf die sachpolitische Knochenarbeit! Es ist höchste Zeit für «meh Wulle und weniger Gschär!»

Aliki Panayides, Geschäftsführerin SVP Kanton Bern

dank der entschlossenen Intervention der SVP verzichtete der Regierungsrat auf die Erhöhung seines eigenen Lohnes von 275'000 Franken um 32'500 Franken auf neu 307'500 Franken. Er hat in der Zwischenzeit die Vorlage wieder zurückgezogen.

Traktandum zwei bezieht sich auf den Mitholztunnel. Dieser ist 640 Meter lang. Die Baukosten betrugen 18.7 Millionen Franken. Die Reparaturkosten betragen 21.3 Millionen Franken, davon übernehmen gemäss einem abgeschlossenen Vergleich die beteiligten Firmen 16 Millionen und der Kanton 5.3 Millionen. Die SVP will mit einer Interpellation wissen, warum der Kanton auch noch 5.3 Millionen Franken Reparaturkosten übernehmen muss. Wir wollen dies vor allem auch deshalb wissen, weil der Regierungsrat in der Budget-Debatte alle Sparvorschläge der SVP abgelehnt hat.

Beim dritten Projekt geht es um die Aufarbeitung der Nationalratswahlen. Leider war es nicht möglich, mit der EDU und der FDP eine Listenverbindung einzugehen. Das Resultat ist fatal: Die EDU ist nicht mehr im Bundeshaus vertreten, die FDP wurde halbiert und die SVP hat ganz knapp wegen 565 fehlenden Wählerinnen und Wählern einen zusätzlichen neunten Sitz verpasst. Dies ist ein Paradebeispiel für die Aufspaltung der bürgerlichen Kräfte. Dies darf nicht mehr vorkommen, und wir von der SVP arbeiten intensiv daran.

Ein weiteres Geschäft befasst sich mit der laufenden Steuergesetz-Revision. Hier setzt sich die SVP für Steuerentlastungen bei den juristischen Personen ein, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

Schliesslich wehrt sich die SVP klar gegen Zwangsfusionen der Gemeinden. Es kann nicht sein, dass Gemeinden gegen ihren eigenen Willen aufgehoben und fusioniert werden. Die SVP kämpft für die Erhaltung der Gemeindeautonomie.

Fazit:
Die Bernische SVP ist an allen Fronten gefordert. Durch engagierte Arbeit wollen wir unsere Wahlversprechen einlösen, packen wir's an.
Ich danke allen herzlich für die Unterstützung!

Rudolf Joder

Abstimmung vom 11. März 2012 – Parolen der SVP Kanton Bern

Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»): **JA**

Bundesgesetz über die Buchpreisbindung: **NEIN**

Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»: **NEIN**

Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)»: **JA**

Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»: **NEIN**

SVP FRAUEN

Voranzeige

Am Donnerstag,
19. April 2012, um 20. 00 Uhr
findet der Anlass unter dem Motto

«100 Tage in der neuen Legislatur»

mit unseren Nationalrätinnen Andrea Geissbühler und Nadja Pieren statt.

Im Landgasthof Schönbühl, Alte Bernstrasse 11, 3322 Urtenen-Schönbühl.

Zu diesem Anlass sind alle herzlich eingeladen.

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung.

SVP Frauen Kanton Bern

KEHRLI
DÄCHER VOM FACHMANN
Kehrli Bedachungen AG
STEILDACH – FLACHDACH – FASSADEN
ISOLATIONEN – REPARATUREN
Gerberngasse 30a, 3000 Bern 13
Telefon 031 311 30 49 / 031 311 24 49
Fax 031 819 66 36
Mail. kehrli.bedachungen@bluewin.ch

Das Wohl von Land und Leuten ist Richtschnur für die SVP

SVP – die Partei für die Schweiz, so der Titel unseres Parteiprogrammes. Der erste Absatz des Programms lautet: «Wer die SVP wählt, soll wissen, woran er ist. Die SVP spricht Klartext und steuert einen klaren, verlässlichen Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreter in den Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen umsetzen. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.»

Genauso soll und muss es sein. Das Wohl von Land und Leuten ist Richtschnur für mein politisches Handeln, es ist aber insbesondere auch Richtschnur für das politische Handeln der SVP. Die SVP ist eine Partei und sie ist damit «parteiisch». Sie steht nach dem Grundsatz «Gutes bewahren – Missstände korrigieren» für folgende Zielsetzungen ein:

- die SVP will unabhängig bleiben, will keine weitere Anbindung an die EU,
- die SVP bekennt sich zu den bilateralen Verträgen, verlangt aber, dass die Schweiz die Einwanderung wieder eigenständig steuern kann,
- die SVP steht für den Schweizer Rechtsstaat ein und will dem Druck aus der EU, den USA oder anderen starken politischen Mächten trotzen,
- die SVP steht für einen starken, aber schlanken Staat, der den Werk- und Finanzplatz Schweiz attraktiv und konkurrenzfähig gestalten will,
- die SVP steht für eine tiefe Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren, damit den Bürgern mehr zum Leben und den Unternehmen mehr für zukunftsträchtige Investitionen zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze bleibt,

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Fraktionspräsident SVP Schweiz

- die SVP will eine sichere, genügende, bezahlbare und heimische Energieversorgung und nicht einfach das Abstellen der Atomkraftwerke ohne taugliche Alternativen,
- die SVP verlangt eine Beschleunigung der Asylverfahren und ein konsequentes Vorgehen gegen Missbräuche im Asylwesen,
- die SVP setzt sich für die Sicherung unserer Sozialwerke ein, denn verschuldete Sozialwerke haben zur Folge, dass unsere Generation auf Kosten unserer Kinder lebt.

Diese Zielsetzungen unterscheiden uns von den anderen Parteien in der Schweiz. Natürlich gibt es auch Überschneidungen und wir arbeiten deshalb auch im Parlament, in den Kommissionen und bei Abstimmungsvorlagen oft gut mit diesen Partnern zusammen, allerdings sehen sich diese nicht immer als Partner. So hat zum Beispiel die FDP mit ihrem NEIN zu Listenverbindungen mit der SVP – einzige Ausnahme war der Kanton Waadt – bei den Nationalratswahlen vier bürgerliche Sitzgewinne in den Kantonen Bern, St. Gallen, Graubünden und Wallis verhindert. Sie wollte sich damit profilieren. Von dieser «Profilierung» profitierten SP, Grüne, glp und CVP. Das muss sich ändern. Die linke Seite hat keine Bedenken, Listenverbindungen einzugehen. Hier tragen die bürgerlichen Parteien eine Verantwortung für die Zukunft.

Wir müssen von der SVP stets die Sache in den Vordergrund stellen. Dass wir als Partei auch weiterhin das aufdecken, was nicht gut läuft in unserem Staat. Dies ist unsere Aufgabe, auch wenn sie zuweilen unangenehm ist. Über die Art und Weise, wie wir dies tun werden und tun sollen, darüber können wir streiten, aber nicht über das Ob. Wir müssen das Möglichste tun, um unsere politischen Ziele zu erreichen und zwar nicht für uns als Politikerinnen und Politiker, sondern für unsere Wählerinnen und Wähler, die uns einen klaren Auftrag gegeben haben.

Mit dem Entscheid, dass die SVP mit Bundesrat Ueli Maurer im Bundesrat verbleibt, haben wir einen wichtigen und guten Entscheid für die Zukunft getroffen. Wir haben so mehr Möglichkeiten, in unserem Sinne Einfluss zu nehmen. Dies entbindet uns hingegen nicht, Widerstand gegen Fehlentwicklungen zu leisten. Ganz im Gegenteil. Wir wurden von der politischen Mehrheit im Parlament bewusst in die Minderheit versetzt und nicht voll in die Regierung eingebunden. Wir haben damit geradezu die Pflicht, kritisch zu sein und auf allen Stufen seriöse Grundlagenarbeit zu leisten.

Ich bitte Sie, helfen Sie auf allen Stufen mit, unseren sachpolitischen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen. Über die Form, wie wir diesen Zielsetzungen zum Durchbruch verhelfen, können wir von Mal zu Mal entscheiden, da gibt es verschiedene Wege, aber lassen Sie uns zum Wohl von Land und Leuten alles daran setzen, dass wir die Freiheit und Eigenverantwortung in unserem Land stärken. Zugunsten unserer Bevölkerung, zugunsten unserer Kinder und Grosskinder und zugunsten unserer Schweiz.

Adrian Amstutz

JA zur Gemeinnützigkeit – JA zur Geldspielvorlage

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Herrenschwanden

Unter dem Titel «Geldspiele» behandelt der aktuell noch geltende Artikel 106 der Bundesverfassung Spielbanken, Lotterien und implizit auch Wetten sowie Geschicklichkeitsspiele. Seine Anwendung gibt aber immer wieder Anlass zu Verwirrung und ist angesichts des Internetzeitalters nicht mehr aktuell.

Die eidg. Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» verlangte eine Aktualisierung und eine vollumfängliche Nutzung der Gewinne aus Geldspielen für gemeinnützige Zwecke. Die eidgenössischen Räte beschlossen im Rahmen der Debatte schliesslich mit überwältigendem Mehr einen direkten Gegenentwurf zu dieser Initiative: Der Ständerat mit 42 zu 0 Stimmen und der Nationalrat mit 193 zu 3 Stimmen. Nach dem Rückzug der Initiative stimmen wir nun nur noch über den breit abgestützten Gegenentwurf ab.

Die Vorteile des neuen Artikels 106 BV (Gegenentwurf) sind:

- Der neue Verfassungsartikel ist präziser formuliert und geht klarer auf die aktuellen Gegebenheiten ein.
- Mit der neuen Lotteriedefinition wird eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kantonen sowie eine klare Unterscheidung zwischen Lotterien, Wetten und Spielbankenspielen verankert.

Die heutigen positiven Punkte bleiben dabei erhalten. So garantiert die neue Bestimmung, dass der Reingewinn aus den Lotterien und Wetten von den Kantonen weiterhin für gemeinnützige Zwecke und damit der Schweizer Bevölkerung zu Gute kommen. Jahr für Jahr können rund 16'000 gemeinnützige Projekte in den Bereichen Kultur, Soziales, Umwelt und Breitensport sowie der nationale Spitzensport mit Beiträgen von insgesamt mehr als 540 Mio. Franken unterstützt werden. Die Abgaben der Casinos wiederum sollen wie bisher in die AHV fliessen.
Der Problematik der Geldspielsucht und der damit verbundenen Kriminalität und Geldwäscherei wird mit der neuen Verfassungsgrundlage aber konkreter Rechnung getragen. Die Lotteriegesellschaften sind sich heute schon der Problematik bewusst und setzen deshalb verschiedenste Präventionsmassnahmen um. Mit der Annahme des Gegenentwurfs werden sie in ihren Bemühungen besser unterstützt.

Aus diesen Gründen empfehle auch Ihnen mit Überzeugung ein Ja.

Andrea Geissbühler

JA ZUR GEMEINNÜTZIGKEIT
11.03.2012
JA ZUR GELDSPIELVORLAGE

Oui aux jeux d'argent en faveur du bien commun

Sous le titre «jeux de hasard», l'actuel article 106 traite des maisons de jeu, des loteries, des paris (sans les mentionner) et des jeux d'adresse. Son application prête à confusion et a conduit à un conflit de compétence et d'intérêts entre la Confédération et les cantons. En outre, à l'ère de l'internet, cet article est suranné.

L'initiative fédérale populaire « Oui aux jeux d'argent en faveur du bien commun » demandait l'actualisation de cet article 106 et une utilisation totale des gains des jeux hasard à des œuvres caritatives. Les Chambres fédérales ont finalement adopté dans le cadre des débats et par une majorité importante un contre-projet direct : le Conseil des États l'a adopté à l'unanimité (42 voix/0) et le Conseil national par 193 voix pour, 3 voix contre. Comme l'initiative a été retirée au profit du contre-projet, nous votons maintenant sur le contre-projet qui est très bien accepté.

La population suisse bénéficie directement des gains des sociétés de loterie. Tous les ans, quelque 16'000 projets d'utilité publique dans les domaines culturel, social, écologique et sportif ainsi que le sport d'élite national sont soutenus avec un montant total de 540 millions de francs. Cette répartition des moyens doit rester ancrée dans la constitution fédérale pour que nous puissions tous en bénéficier.

Le nouveau texte de la constitution tient concrètement compte de la problématique de la dépendance aux jeux de hasard et la criminalité et le blanchiment d'argent y sont liés. Les sociétés de loterie ont pris des mesures préventives. L'adoption du contre-projet les soutiendrait dans leurs efforts.

Avantages du nouvel article 106 Cst (contre-projet)

- *Le nouvel article est plus précis et il garantit que le bénéfice net des loteries et des paris est affecté par les cantons à des buts d'utilité publique. Il garantit également que les recettes des casinos continuent à être attribuées à l'AVS.*
- *La nouvelle définition de la loterie délimite clairement les compétences entre la Confédération et les cantons ; elle distingue aussi clairement entre loteries, paris et jeux de casino.*

Presque tous sont unanimes : un OUI à ce contre-projet s'impose, car il offre

1. *une délimitation claire entre Confédération et cantons*
2. *l'ancrage des mesures préventives dans la constitution fédérale*
3. *l'utilisation des bénéfices des jeux de hasard à des buts d'utilité publique.*

Je vous recommande de dire OUI à ce contre-projet.

Schützt die Buchpreisbindung die Büchervielfalt?

Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Die Buchpreisbindung wurde 1999 als unzulässige Preisabsprache (gemäss Kartellrecht) von der Wettbewerbskommission verboten. Nun sollen die Stimmenden an der Urne entscheiden, ob die Buchpreisbindung auf dem Gesetzesweg wieder eingeführt werden soll.
Die aktuell geltende Regelung ohne Buchpreisbindung hat sich sehr gut bewährt. Trotz der Verlagerung zum Online-Handel und zu E-Books mussten nur wenige Buchhandlungen schliessen. Es zeigte sich sogar, das kleine Buchhandlungen ohne Buchpreisbindung mehr Freiheiten erhalten und bessere Möglichkeiten, sich von den grossen Buchhandlungen abzuheben und positiv zu profilieren, sei es durch besseren Kundenservice und Beratung, innovative Mehrleistungen oder kundenorientierte Preisgestaltung.
Die Absicht der Buchpreisbindung, die Büchervielfalt als Kulturgut zu erhalten und das Lesen zu fördern, ist verständlich. Die Büchervielfalt entsteht aber durch die Autorenvielfalt, und der Autorenprofit hängt nicht vom fixierten Buchpreis ab, sondern vom Verlag. Man muss sich auch bewusst sein, dass nur knapp 10% der Bücher in der Deutschschweiz auch tatsächlich von Schweizer Autoren stammen. Eine Preisbindung führt also in Zahlen ausgedrückt dazu, dass 100% der Schweizer Leserinnen und Leser gezwungen werden, überhöhte Preise für Bücher zu zahlen, die zu 90% im Ausland geschrieben und gedruckt wurden.
Ein Preiskartell bei den Büchern ist auch der falsche Weg, um die Leute zum Lesen zu bewegen. Eine Karriere als Bücherwurm beginnt meistens mit Bestsellern. Es ist also nicht sinnvoll, gerade dort mit hohen Preisen anzusetzen, wo Leserinnen und Leser ihre Leidenschaft für die Literatur entdecken. In diesem Sinne sind tiefe Preise die beste Leseförderung.
Die Wiedereinführung der Buchpreisbindung würde dazu führen, dass die Preise insbesondere bei Bestsellern in der Schweiz höher wären als im Ausland. Da Bücher heute aber sehr einfach übers Internet bestellt werden können, würden die Leserinnen und Leser noch mehr übers Internet dort bestellen, wo es am billigsten ist. Dies ist die heutige Realität. Mit der Wiedereinführung eines Preiskartells würden also auch die Schweizer Buchhändler nicht geschützt, sondern lediglich gegenüber den ausländischen Buchhandlungen benachteiligt.
Schlussendlich werden die grossen Verlierer mit einer Buchpreisbindung die Leserinnen und Leser sein, welche überhöhte Preise bezahlen.

Daher empfiehlt eine klare Mehrheit der SVP ein Nein.

Nadja Pieren

Le prix unique du livre protège-t-il la diversité culturelle ?

En 1999, la Comco supprime le prix imposé pour la revente des livres (selon le droit des cartels). Cet accord devrait pourtant être réintroduit. Les partis des jeunes dont les Jeunes UDC ont lancé un référendum contre cette décision parlementaire.

La réglementation actuelle sans prix unique a fait ses preuves. Malgré l'arrivée de la vente online et des e-books, rares ont été les librairies qui ont dû fermer leurs portes. On remarque même que de petites librairies sont plus libres sans prix imposés; elles arrivent à faire front aux grandes librairies et à se démarquer positivement, que ce soit par un service plus efficace, un conseil ciblé, des prestations inédites ou des tarifs orientés vers la clientèle.

Les partisans du prix unique sont pleins de bonnes intentions en demandant le prix unique pour assurer la diversité des livres en tant que bien culturel et encouragement à la lecture. La diversité littéraire a sa source dans la diversité des auteurs et le profit des auteurs ne dépend du prix fixe du livre, mais de l'éditeur. Il faut savoir qu'en Suisse alémanique, moins de 10% des livres ont été écrits par des auteurs suisses. À un prix fixe, 100% des lectrices et des lecteurs suisses sont donc obligés de payer des prix surfaits pour des livres qui à 90% ont été écrits et imprimés à l'étranger.

Un cartel des prix pour les livres n'est pas la bonne solution pour inciter les gens à lire. Une carrière de lecteur passionné commence normalement par la lecture de best-sellers. Ce n'est donc pas très judicieux d'avoir des prix surfaits dans une branche où les lectrices et les lecteurs découvrent la littérature. Des prix bas sont de meilleurs canalisateurs pour encourager à la lecture.

La réintroduction du prix unique déclenchera une augmentation des prix en Suisse sur les best-sellers qui seront nettement plus chers qu'à l'étranger. Mais comme il n'y a rien de plus simple que de commander des livres sur internet et que les livres y sont nettement moins chers, les lecteurs et les lectrices n'hésiteront pas à passer encore plus de commandes sur internet. C'est la réalité. La réintroduction du prix fixe ne protégerait pas les libraires suisses, mais les rendrait encore plus vulnérables vis-à-vis des librairies étrangères.

Finalement, les grands perdants seront les lectrices et les lecteurs qui doivent payer un prix excessif (légitimé par la loi). Le groupe UDC s'est prononcé à la grande majorité contre la réintroduction du prix unique.

Volksinitiative: «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»

Erich von Siebenthal, Nationalrat, Gstaad

Die Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» will den Anteil von Zweitwohnungen für jede Gemeinde auf 20% begrenzen. Bundesrat und Parlament haben den Handlungsbedarf bereits erkannt und das Raumplanungsgesetz verschärft. Die strengeren Vorschriften sind bereits in Kraft und lösen das Problem, im Gegensatz zur ideologischen Initiative, nachhaltig und ohne Brechstange.

Mit der Initiative soll der Zweitwohnungsbau begrenzt und somit die Zersiedlung gestoppt werden, und die Gemeinden sollen verpflichtet werden, jährlich über die Einhaltung dieser Beschränkung zu informieren und eine Übersicht über die dauerhaft genutzten Wohnungen zu erstellen. Die Initiative beabsichtigt dasselbe wie das bereits in Kraft getretene Raumplanungsgesetz: Die Landschaft soll vor einer weiteren Überbauung mit leerstehenden Wohnungen geschützt werden und die Einheimischen sollen wieder bezahlbaren Wohnraum finden können. Als Berner Oberländer aus der stark vom Tourismus geprägten Gemeinde Saanen kenne ich diese Probleme.

Trotzdem empfehle ich die Initiative klar zur Ablehnung, da sie mit ihrer starren Obergrenze mehr Probleme schafft als löst. Ein fixer Anteil würde in etlichen Gemeinden zu einem Baustopp führen und diejenigen Gemeinden unter Druck setzen, welche unter diesem Anteil liegen. Damit würde die Zersiedelung sogar zunehmen und gleichzeitig die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt. Eine einheitliche Grenze ist also nicht zielführend und widerspricht dem Föderalismusprinzip, wonach jeder Kanton und jede Gemeinde selbst nach den besten Lösungen für ihre Probleme sucht. Es braucht keine Vorschrift, die die Gemeinden ohne Rücksicht auf regionale Eigenheiten in ihrer Entwicklung und Handelsfreiheit einschränkt.

Der Handlungsbedarf ist erkannt und als Gegenvorschlag wurde das Raumplanungsgesetz verschärft. Neu sind Kantone und Gemeinden verpflichtet, die Hotellerie zu fördern, für preisgünstige Erstwohnungen für Einheimische zu sorgen und die Zahl neuer Zweitwohnungen zu beschränken. Zudem zwingt das Gesetz die Kantone, Massnahmen zu ergreifen, um die bestehenden Zweitwohnungen besser auszulasten. Einige Gemeinden haben schon heute eine Kontingentierung für Zweitwohnungen festgelegt, andere schaffen Bauzonen für Einheimische oder setzen auf Hotelzonen. Es wäre falsch, diese von den Gemeinden und Kantonen aufgegriffenen Lösungen nun zu torpedieren.

Aus diesen Gründen empfehle ich mit Überzeugung ein NEIN zu dieser Initiative.

Erich von Siebenthal

Initiative populaire fédérale « pour en finir avec les constructions envahissantes de résidences secondaires »

L'objectif de l'initiative est de limiter le taux de résidences secondaires à 20% par commune. Le Conseil fédéral et le parlement reconnaissent le besoin de faire quelque chose et ont déjà durci la loi sur l'aménagement du territoire. Ces prescriptions apportent des solutions durables et souples au problème, ce qui n'est pas le cas de l'initiative populaire purement idéologique.

Le but de l'initiative est d'arrêter le mitage en limitant la construction de résidences secondaires, de contraindre les communes à ne pas dépasser cette limitation et de fournir une vue d'ensemble des logements occupés à l'année. Les initiateurs suivent le même objectif que la loi sur l'aménagement du territoire déjà en vigueur. Le paysage doit être protégé contre la construction de nouveaux appartements qui restent vides. La population indigène doit pouvoir acquérir des logements à un prix abordable.

Je recommande clairement de rejeter cette initiative. Car une limite rigide de 20% créerait plus de problèmes qu'elle n'apporterait de solutions. *Un taux fixe engendrerait dans de nombreuses communes un arrêt de la construction et mettrait sous pression les communes qui sont en dessous de ce taux. Le mitage ne ferait que se propager tout en enlevant aux communes leurs possibilités d'extension. Un taux limite uniforme manque donc la cible visée, car il est en contradiction avec le système suisse de fédéralisme: chaque commune, chaque canton cherche lui-même les meilleures solutions à ses problèmes. Pour arrêter le mitage, il faut des instruments adaptés à la situation sur place et pas des prescriptions qui limitent les communes sans égard pour les particularités régionales.*

Le Conseil fédéral et le parlement ont reconnu à temps la problématique et ont renforcé la loi sur l'aménagement du territoire en tant que contre-projet à l'initiative. La loi révisée oblige les cantons et les communes à soutenir l'hôtellerie, de prévoir les premiers logements des indigènes à un prix abordable et à limiter le nombre des résidences secondaires : des moyens adéquats pour lutter efficacement contre l'extension des résidences secondaires. En outre, la loi oblige les cantons à prendre des mesures pour augmenter le taux d'occupation de ces logements. Le problème n'est pas nouveau et il serait faux de torpiller les solutions trouvées par les communes et les cantons.

Et donc, le 11 mars 2012, je voterai sans hésiter NON à l'initiative 'pour en finir avec les constructions envahissantes de résidences secondaires.

«Bauspar-Initiative»

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf

Die Bauspar-Initiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen» hat zwei Ziele:

1. Die Förderung des Erwerbs eines eigenen Hauses oder einer Eigentumswohnung.
2. Die Förderung von Energiespar- und Umweltmassnahmen an Wohneigentum.

Um für die Erreichung der Zielsetzung die nötigen Anreize zu schaffen, soll das entsprechend notwendige Sparkapital steuerbegünstigt werden. Demnach sieht die Bausparinitiative im Wesentlichen die folgenden drei Massnahmen vor:

1. Spareinlagen für den Erwerb von Wohneigentum können bis zu 15'000 CHF, bei Ehepaaren 30'000 CHF, jährlich während maximal 10 Jahren vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden.
2. Spareinlagen für die Finanzierung von Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen können bis zu 5'000 CHF, bei Ehepaaren 10'000 CHF, jährlich während maximal 10 Jahren vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden.
3. Die Kantone können Fördergelder der öffentlichen Hand zugunsten des Bausparens und des Energiebausparens von den Staats- und Gemeindesteuern (Einkommenssteuer) befreien.

Die Initiative schafft die notwendige Grundlage für diese Massnahmen in der Bundesverfassung. Sie überlässt es aber den Kantonen, ob sie eine, mehrere oder keine dieser Massnahmen einführen wollen. Sofern die Spareinlagen, die von den Steuern abgezogen wurden, anderweitig verwendet werden, erfolgt eine Nachbesteuerung. Aus den folgenden Gründen ist die Bausparinitiative zu befürworten. Die Wohneigentumsquote liegt in der Schweiz mit rund 40 Prozent im internationalen Vergleich sehr tief. So hat Frankreich eine Quote von 56 Prozent und Italien eine solche von 73 Prozent. Die heute bestehende Wohneigentumsförderung über die Säulen 2 und 3a sind zwar sinnvolle Instrumente für die Finanzierung von Wohneigentum, wenn aber die Lücken bis zur Pensionierung nicht aufgefüllt werden, fehlen wichtige Gelder in der Vorsorge.

Ich ersuche Sie deshalb, zur Förderung des Wohneigentums und des Energiebausparens der Bauspar-Initiative zuzustimmen.

Albert Rösti

www.bausparen-JA.ch

Initiative populaire «Accéder à la propriété grâce à l'épargne-logement» et «pour un traitement fiscal privilégié de l'épargne-logement destinée à l'acquisition d'une habitation à usage personnel ou au financement de travaux visant à économiser l'énergie ou à préserver l'environnement (Initiative sur l'épargne-logement)

L'initiative a deux buts:

1. *L'encouragement à l'acquisition de sa propre maison ou de son propre appartement.*
2. *L'encouragement à prendre des mesures d'économie d'énergie et à préserver l'environnement.*

Pour concrétiser ces objectifs, il faut créer des incitations financières en accordant un traitement fiscal privilégié de l'épargne-logement. L'initiative Épargne-logement prévoit trois mesures :

1. *Le montant d'une épargne-logement pour son propre logement peut atteindre jusqu'à 15'000 francs par an et pour les couples 30'000 francs pendant au maximum 10 ans ; ce montant est déductible du revenu imposable.*
2. *L'épargne-logement peut servir à financer des mesures visant à économiser l'énergie ou à préserver l'environnement. Le montant déductible par an est de 5'000 francs et pour les couples de 10'000 francs pendant 10 ans maximum.*
3. *Les cantons peuvent exonérer le contribuable de l'impôt sur le revenu impôts (impôt d'Etat et impôts communaux) pour acquérir un logement et pour économiser de l'énergie.*

L'initiative Epargne-logement crée les bases nécessaires pour être inscrite dans la Constitution fédérale. Mais elle laisse les cantons libres d'introduire une, plusieurs ou aucune mesure. Toutefois, si les montants épargnés des impôts étaient utilisés à d'autres fins, il s'en suivrait un rappel d'impôt en tant qu'arriérés. Pour les raisons suivantes, l'initiative Epargne-logement doit être acceptée : le taux de logements en propriété est excessivement bas en Suisse avec 40% par comparaison internationale. En France ce taux est de 56% et en Italie de 73%. L'encouragement à la propriété par le biais du 2e pilier et du pilier 3a est certes un instrument très judicieux pour financer la propriété du logement, mais ces avances occasionnent des trous qui ne peuvent pas toujours être comblés jusqu'à la retraite, la prévoyance en pâtit.

Je vous demande donc de voter pour l'Épargne-logement et l'épargne énergétique.

Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

Hansruedi Wandfluh, Nationalrat und Unternehmer, Frutigen

Die Ferieninitiative der Gewerkschaft TravailSuisse reiht sich in eine Vielzahl von parlamentarischen Vorstössen von linker Seite ein, um auf gesetzlicher Ebene die Ferientage zu erhöhen. Sie verlangt 6 Wochen obligatorische Ferien für alle. Heute liegt der gesetzliche Anspruch für bezahlte Ferien bei vier Wochen, bzw. bei fünf Wochen für alle unter 20-jährigen. Dank sozialpartnerschaftlicher Regelungen haben jedoch viele Arbeitnehmer auch länger Ferien, ältere Leute oft 5 Wochen oder mehr. Die Initiative verlangt eine starre Verfassungslösung und schränkt damit den Spielraum für sozialpartnerschaftliche Lösungen ein.
Selbst Angestellte, die lieber mehr arbeiten und dafür mehr Geld bekommen, müssen die 6 Wochen Ferien beziehen.

Die Vorlage, welche 6 Milliarden kosten wird, setzt ein falsches Zeichen zur weiteren Erhöhung der Arbeitskosten in der Schweiz. Die Schweiz führt bereits heute die Rangliste der Länder mit den höchsten Arbeitskosten an. Eine weitere Verteuerung des Produktionsstandorts Schweiz würde den Wegzug der Industrie weiter beschleunigen und Arbeitsplätze kosten. Das ist das Letzte, was die Industrie im derzeitigen Wirtschafts- und Währungsumfeld gebrauchen kann. Sie ist gefordert, die Produktionskosten zu senken, wenn die Desindustrialisierung gebremst werden soll.

Die Befürworter der Initiative bringen oft das Argument der «Gerechtigkeit» ins Spiel. Einerseits hätte das Kader häufig 6 Wochen Ferien, die «Büezer» nicht, andererseits sei die Produktivität in den letzten Jahren deutlich mehr gestiegen als die Löhne. Die zusätzlich gewährten Ferien für Kaderleute sind meist eine Kompensation für nicht bezahlte Überstunden. Und die Produktivitätssteigerung in den vergangenen Jahren war absolut ungenügend, um die Währungsnachteile wettzumachen. Wir haben gegenüber unseren Hauptkonkurrenten an Konkurrenzfähigkeit verloren.

Speziell schwierig würden 6 Wochen Ferien vor allem für die vielen kleinen KMU. Nicht nur wegen der Erhöhung der Arbeitskosten, sondern vor allem auch wegen der ohnehin schwierigen Stellvertreterregelungen. Im Kleinbetrieb würde die Belastung der «Daheimgebliebenen» nochmals ansteigen. Die Ferieninitiative entpuppt sich damit als Bumerang und verursacht vorab in Kleinbetrieben mehr statt weniger Stress.

Aus all diesen Gründen haben Bundesrat, Nationalrat (61:122) und Ständerat (10:32) die Volksinitiative abgelehnt.

Ich empfehle Ihnen, dasselbe zu tun und ein NEIN in die Urne zu legen.

Hansruedi Wandfluh

Initiative populaire « six semaines de vacances pour tous »

L'initiative du syndicat TravailSuisse n'est qu'une proposition parlementaire de plus de la Gauche pour augmenter le niveau légal du nombre de jours de congé. Elle demande six semaines de congés payés obligatoires pour tous. Aujourd'hui, le droit légal a des congés payés en Suisse est quatre semaines et cinq semaines pour les moins de 20 ans. Grâce à des réglementations entre les partenaires sociaux, beaucoup d'employés ont plus de vacances, les travailleurs plus âgés ont souvent cinq semaines et même plus. L'initiative demande maintenant une solution constitutionnelle fixe; la marge de manœuvre des partenaires sociaux se trouve ainsi limiter. Même les travailleurs qui préfèrent travailler davantage et gagner ainsi plus devraient prendre leurs six semaines de vacances si cette initiative était adoptée.

Ce projet qui coûterait 6 milliards donnerait un signal faux à une augmentation des coûts du travail en Suisse. La Suisse est en tête des pays dont les coûts de travail sont les plus élevés. Une nouvelle augmentation des coûts à la production accélérerait l'exode des entreprises industrielles et des emplois. L'industrie n'a vraiment pas besoin d'une telle mesure dans une période économique difficile avec un franc fort. Elle doit baisser les coûts de production – et non les augmenter si elle veut freiner la désindustrialisation.
Donner six semaines de vacances serait particulièrement problématique pour de nombreuses petites PME. A l'augmentation des coûts de la main d'œuvre, s'ajouterait le problème des remplacements qui est déjà bien difficile actuellement. Dans une petite entreprise, il faudrait trouver une solution pour remplacer les absents. Et les vacanciers devraient faire face au stress avant leur départ et au retour. L'initiative « six semaines de vacances » est un vrai boomerang et serait cause d'un énorme stress dans les petites entreprises.

En conclusion, cette initiative met en danger des places de travail et le bien-être. Nuire aux PME, c'est tirer un autogoal pour leurs collaborateurs.

Pour ces motifs, le Conseil fédéral, le Conseil national (61:122) et le Conseil des États (10:32) ont rejeté cette initiative. Je vous recommande de faire de même et de mettre un NON dans les urnes.

Herzlichen Dank Simon Schenk

Simon Schenk trat aufgrund der parteiinternen Amtszeitbeschränkung nicht mehr zur Wiederwahl an.
Er war seit 1994 Mitglied des Nationalrats und engagierte sich in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (1995–1999), in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (1999–2011), und in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (2007–2011). Auch nach seiner Zeit im Nationalrat wird sich Simon Schenk für die Bevölkerung unseres Landes einsetzen, so etwa als Präsident der 2004 gegründeten Stiftung «Schwiizer hälfed Schwiizer».

Die SVP Kanton Bern dankt Simon Schenk für sein langjähriges Engagement im Nationalrat ganz herzlich und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Herzlichen Dank Jean-Pierre Graber

Jean-Pierre Graber war von 2007 bis 2011 im Nationalrat und erreichte bei den eidgenössischen Wahlen den 1. Ersatzplatz. Er war ein äusserst produktiver Parlamentarier und reichte nicht weniger als 73 Vorstösse und Fragen ein. Jean-Pierre Graber arbeitete während seiner Amtszeit in der Finanzkommission des Nationalrats und war von 2009–2011 Mitglied der Délégation pour les relations avec le Parlement français. Jean-Pierre Graber engagiert sich auch nach seiner Zeit im eidgenössischen Parlament, so etwa als Mitglied des Schweizerischen Presserats.

Die SVP Kanton Bern ist hocherfreut, auch parteiintern weiterhin auf das Engagement von Jean-Pierre Graber zählen zu dürfen – er bleibt Präsident des SVP-Bären-Clubs (siehe untenstehenden Kasten), dessen Geschicke er seit Februar 2009 leitet. Dafür und auch für seinen Einsatz als Nationalrat dankt sie Jean-Pierre Graber ganz herzlich.

Herzlichen Dank Thomas Fuchs

Die SVP Kanton Bern dankt Thomas Fuchs ganz herzlich für seinen Einsatz im Nationalrat. Auch wenn er dem Parlament und der eidgenössischen Fraktion nur während einem halben Jahr als Nachfolger von Adrian Amstutz angehörte, gelang ihm der Einstieg doch sehr rasch. Er vertrat die SVP in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK und reichte in seiner kurzen Zeit als Nationalrat zwei Fragen und eine Motion ein.

Die SVP Kanton Bern ist froh, dass Thomas Fuchs sich auch weiterhin auf verschiedensten Ebenen für den Kanton und die Partei einsetzt: Er engagiert sich unter anderem als Grossrat und Mitglied der Justizkommission des Grossen Rates und als Parteivorstandsmitglied der SVP Kanton Bern. Für diesen Einsatz und auch für sein Engagement als Nationalrat dankt die SVP Kanton Bern Thomas Fuchs ganz herzlich.

Dank auch an Sponsor Thomas Fuchs

Die Berner Fähnli sind an den Delegiertenversammlungen der SVP Schweiz nun wieder gut auf den Tischen zu sehen. Immer weniger Fähnli überlebten den Transport an die zahlreichen DVs und letztes Jahr waren dann kaum mehr genügend vorhanden, um die Tische für die 80 Berner Delegierten zu reservieren. Höchste Zeit, den Bestand wieder aufzustocken. Thomas Fuchs, selbst Delegierter und ZV-Mitglied, erbarmte sich der Berner Kantonalpartei und ihrer Kasse und spendete 5 neue Fähnli. Wir danken ihm ganz herzlich!

Werden auch Sie Mitglied im Bären-Club!

Der Bären-Club besteht seit 1984. Gemäss Statuten bezweckt er die Förderung bürgerlicher Politik im Kanton Bern. Dazu unterstützt er konkrete Projekte der SVP Kanton Bern sowie der Unterverbände und Sektionen. Über den Mitteleinsatz entscheidet der Vorstand. Der Bären-Club wird von alt Nationalrat Jean-Pierre Graber präsidiert.

Mit einer Mitgliedschaft (sFr. 300.– pro Jahr als Einzelmitglied, sFr. 500.– als Ehepaar) können Sie ihre bürgerlichen Interessen aktiv vertreten. Die Clubmitglieder treffen sich einmal jährlich an einem besonderen Ort für die Hauptversammlung. Die Mitgliedschaft steht allen, d.h. auch Leuten ausserhalb der SVP, offen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?
Dann kontaktieren Sie uns einfach per Mail an sekretariat@svp-bern.ch oder per Telefon an 031 336 16 26.

Rückblick auf die Januarsession 2012

Peter Brand, Grossrat, Fraktionspräsident, Münchenbuchsee

Normalerweise gehe ich bei den Rückblicken auf die vergangenen Sessionen nicht auf Interpellationen ein. Bemerkenswert war dieses Mal aber die Antwort der Regierung auf eine Interpellation von Andreas Blank zum Thema verschwundene Stimmzettel bei der Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuern. Die Regierung musste nämlich zugeben, dass die Staatskanzlei bereits wusste, dass einige Gemeinden ihre Stimmzettel vernichtet hatten, als der Regierungsrat die Nachzählung des Resultats beschloss. Soviel zur Glaubwürdigkeit des Regierungsrats in dieser Sache. Affaire à suivre…

Kredit Zentrum Paul Klee: Chaos und unzuverlässige bürgerliche Partner

Zu einem wahrhaften Chaos artete die Abstimmung über den von der Regierung beantragten Betriebskredit für das Zentrum Paul Klee aus. Statt wie bisher Fr. 350'000 wollte der Regierungsrat dem Zentrum Fr. 500'000 pro Jahr zusprechen. Weil der Betriebskredit innert kürzester Zeit bereits zweimal erhöht worden war und beide Male im Grossen Rat schon bemängelt worden war, dass der Regierungsrat Salamitaktik betreibe, hat sich die SVP-Fraktion einstimmig gegen den Kredit ausgesprochen. Das Zentrum Paul Klee sollte dringend die Breite seines Angebots überdenken und nicht mehr Veranstaltungen anbieten, die nicht nachgefragt werden. Der Grosse Rat sprach sich mit 63 zu 81 Stimmen gegen unseren Ablehnungsantrag aus. Am Schluss der Abstimmungskaskade führte der Grossratspräsident aber keine Schlussabstimmung durch. Wir wiesen ihn dann darauf hin, dass der Kredit dem fakultativen Referendum unterliege und dass aus diesem Grund eine Schlussabstimmung zwingend gewesen wäre. Der Grossratspräsident ordnete die Schlussabstimmung dann noch an, allerdings zu einem Zeitpunkt, als schon das nächste Traktandum behandelt wurde. In dieser Schlussabstimmung wurde der Kredit dann mit 64 zu 61 Stimmen abgelehnt. Im Tagblatt des Grossen Rats steht zum Folgenden: «Aufgrund des Resultats, das dem vorhergehenden widerspricht, entsteht grosse Unruhe…Die Fraktionschefs und weitere Grossrätinnen und Grossräte kommen nach vorn zum Präsidenten. Die Sitzung wird kurz unterbrochen, um das weitere Vorgehen zu klären…» Diese Klärung bedeutete, dass am anderen Morgen noch einmal diskutiert wurde. Trotz unserer Gegenwehr und trotz der Tatsache, dass die Wiederholung einer Schlussabstimmung unseres Erachtens gar nicht statthaft ist, beschloss der Grosse Rat am Dienstag Morgen ein Rückkommen und eine Wiederholung der Schlussabstimmung. Welch Wunder, der Kredit wurde mit 89 zu 59 Stimmen angenommen. Bemerkenswert ist dabei, dass nicht weniger als 6 BDP-Grossräte und 2 FDP-Grossräte zwischen Montag Nachmittag und Dienstag Vormittag ihre Meinung änderten und dem Kredit nun zustimmten. Soviel zur Verlässlichkeit unserer bürgerlichen Partner. Die SVP-Fraktion hat den Kredit übrigens einstimmig abgelehnt.

Ein typisches KMU-Problem hat Erich Hess (übrigens gleichzeitig wie Adrian Wüthrich (SP) aufgegriffen.

Er hat verlangt, dass der Kanton für Lastwagen zusätzliche Ausstellplätze schafft. Obwohl die parlamentarische Gruppe Wirtschaft die Überweisung des Vorstosses von Erich Hess beschlossen hat, wurde der Vorstoss knapp abgelehnt, weil sich die BDP-Fraktion dagegen aussprach.

SVP-Einsatz für Gemeindeautonomie

Einen richtungweisenden Entscheid hat der Grosse Rat gegen den Willen der einstimmigen SVP-Fraktion in Bezug auf Gemeindefusionen getroffen. Die Grossratsmehrheit beantragt dem Stimmvolk, in der Kantonsverfassung die Möglichkeit von Zwangsfusionen von Gemeinden vorzusehen. Damit wird die Gemeindeautonomie ausgehebelt, auch wenn andere Parteien dies verneinten. Zwangsfusionen und Gemeindeautonomie sind nicht vereinbar. Die SVP-Fraktion, zum Teil unterstützt durch die EDU, hat die Vorlage entschieden bekämpft, leider erfolglos. Wir sind überzeugt, dass das Stimmvolk die Verfassungsänderung bedeutend kritischer hinterfragen wird, als die Volksvertreter im Grossen Rat dies tun. Wir haben immer wieder betont, dass Gemeindefusionen von unten wachsen müssen und dass der Kanton freiwillige Fusionen unterstützen solle, dass wir uns aber gegen die Aushöhlung der Bestandesgarantie der Gemeinden wehren. Wenn hier der Damm einmal gebrochen ist, werden immer neue Forderungen kommen.

Die SVP wird sich im Rahmen der obligatorischen Volksabstimmung entschieden gegen die Vorlage zur Wehr setzen.

Peter Brand

Markus Aebi neu in der SVP-Grossratsfraktion

Seit der Novembersession 2011 engagiert sich Markus Aebi in der SVP-Grossratsfraktion. Er trat die Nachfolge von Nadja Pieren an, die nach ihrer Wahl in den Nationalrat aus dem Grossen Rat zurücktrat.

Markus Aebi ist eidg. dipl. Landwirt in Hellsau. Seit 2006 ist er Gemeinderats- und Gemeindepräsident von Hellsau. Daneben setzt sich Markus Aebi auch auf regionaler Ebene ein: seit 2008 als Vizepräsident des Gemeindeverbands Koppigen, seit 2008 als Vorstandsmitglied von Region Emmental (Ressortleiter Tourismus/Marketing) und seit 2010 als Vizepräsident von Region Emmental.

Im Rahmen seiner Grossratstätigkeit wird Markus Aebi in den parteiinternen Fachkommissionen JGK und BVE mitarbeiten.

Die SVP wünscht Markus Aebi viel Erfolg und Befriedigung in seinem Amt.

Aktive SVP-Grossratsfraktion – Vorstösse seit Sommer 2011

Die SVP-Grossratsfraktion war im vergangenen halben Jahr sehr produktiv, wie die nachfolgende Auflistung der Vorstösse zeigt. Die Vielfältigkeit der bearbeiteten Themen beweist es: Die SVP hat ein offenes Ohr für die Anliegen der Bernerinnen und Berner!

Effizienter Finanzmitteleinsatz

Vereinheitlichung der Finanzierungsgesuche für regionale Infrastrukturprojekte (Christoph Berger, Hans Schmid)	Motion
Defekte Frauenklinik – Wer steht für Kosten gerade, und wie stellt man die Gesundheitsversorgung sicher? (Moritz Müller)	Interpellation
Haushalt entlasten: Unbefristete und befristete Stellen plafonieren (SVP, Andreas Blank)	Motion
Abbruch Alte Schreinerei Von-Roll-Areal (Fritz Ruchti et. al.)	Motion
Kostentransparenz im Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT) (Ueli Augstburger, Jürg Iseli)	Interpellation
Bezahlt der Kanton marktübliche Mietzinsen? (SVP, Walter Messerli)	Motion
Kosten und Nutzen von Bildungsreformen hinterfragen: Frühfranzösisch (Sabina Geissbühler)	Motion
Kein Defizit im Voranschlag 2013 (Peter Brand et. al.)	Motion
Weniger Verwaltung statt weniger Unterricht (Käthi Wälchli, Hans Rösti et. al.)	Motion
Aufhebung von Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes über die finanziellen Leistungen an die Mitglieder des Regierungsrates (SVP, Peter Brand)	Motion
Verzicht auf volkswirtschaftlich überflüssige Vollzeitbildungsangebote im Kaufm. Berufsfeld (Alfred Bärtschi)	Motion
Schneesportlager der Berner Schulen fördern (Bethli Küng et. al.)	Motion
Wer nicht zahlt, muss leiden! (Moritz Müller)	Interpellation

Optimierung von Raum und Infrastruktur

Verkehrskorridor Aarberg-Kerzers (Willy Marti et. al.)	Interpellation
Stopp der geplanten Inkraftsetzung des Kantonalen Sachplans Abbau, Deponie, Transporte ADT (Fritz Ruchti, Jürg Iseli et. al.)	Motion
Der Sündenfall Waldrodung (Sabina Geissbühler)	Interpellation
Brünigtunnel, ein wertvoller Tunnel für das Berner Oberland (Thomas Knutti)	Interpellation
Waldbewirtschaftung entlang der Gewässer im Berner Oberland (Christoph Berger, Thomas Knutti, Hans Rösti, Hans Schmid)	Motion
Gewässerbewirtschaftung (Christoph Berger, Thomas Knutti, Hans Rösti, Hans Schmid et. al.)	Motion
Entschädigung von Mehrkosten und Mindererträge für Grundwasserschutzleistungen im Wald (Hans Rösti, Alfred Gerber et. al.)	Motion
Gasterntal (Kandertal)/Hochwasser: Betroffene Bevölkerung entlasten (Hans Rösti, Christoph Berger, Thomas Knutti, Hans Schmid)	Interpellation
Übergangslösungen für die Teilzeitkindergärten (Hans Schmid, Hans Rösti, Christoph Berger, Thomas Knutti)	Motion
30 Jahre See- und Flussufergesetz (Fritz Ruchti et. al.)	Motion
Erfolgskontrolle Zubringer Neufeld (Martin Schlup, Thomas Fuchs, Sabina Geissbühler)	Motion
Ist die Freizügigkeitsvereinbarung mit dem Hôpital du Jura noch in Kraft? (Jean-Michel Blanchard)	Interpellation
Wie viele Fruchtfolgeflächen sollen noch verloren gehen? (Peter Schori, Elisabeth Schwarz, Fritz Ruchti, Fritz Reber)	Interpellation
Zur Schonung von Kulturland: Problembehaftete Grundstücke sollten schneller einer Nutzung zugeführt werden (Fritz Ruchti et. al.)	Motion
Revision der Denkmalschutzgesetzgebung (Fritz Ruchti et. al.)	Motion

Sicherung der Gesundheitsversorgung

Der vertragslose Zustand bei physiotherapeutischen Leistungen muss behoben werden (Sabina Geissbühler et. al.)	Motion
Förderung der Hausarztmedizin im Kanton Bern durch Unterstützung innovativer Projekte und durch Ermöglichung der Patientenidentifikation (Donat Schneider et. al.)	Motion
Nach wie vor «ambulant vor stationär»! Bezahlbare Tarife für Hauswirtschaft und soziale Betreuung in der Spitex (Ueli Studer)	Motion
Schluss mit Privilegien von suchtkranken Hundebesitzern (Sabina Geissbühler, Martin Schlup)	Motion

Gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Landwirtschaft

Die produzierende Berner Landwirtschaft nicht unverhältnismässig schwächen (Fritz Ruchti)	Motion
Keine Diskriminierung für Landwirte ohne EDV und ungenügenden Internetanschluss (Thomas Knutti)	Motion
Neue Definition der bäuerlichen Standardarbeitskraft (Samuel Graber)	Motion
Keine Benachteiligung von KMU-Betrieben in der Region Adelboden (Thomas Knutti, Hans Schmid, Christoph Berger, Hans Rösti)	Interpellation
Brienzersee: Massnahmen zugunsten Fischbestand! (Hans Schmid et. al.)	Motion

Mehr Sicherheit

Hooligans müssen weg aus Fussballstadien (Moritz Müller)	Motion
Der Kanton Bern soll bundeseigene Asylunterkünfte entlasten (Manfred Bühler)	Interpellation
Unhaltbare Zustände um das Asylzentrum Kappelen-Lyss (Andreas Blank)	Motion
Einführung einer Kostenbeteiligung bei Spitex-Pflegeleistungen – Ein finanz- und versorgungspolitischer Bumerang! (Lars Guggisberg)	Motion
Asylbewerber im Berner Oberland, ein zunehmendes Problem! (Thomas Knutti)	Interpellation

Weniger Zentralisierung – mehr Demokratie

Faire Stimmkraft der Gemeinden in der Regionalkonferenz (Moritz Müller)	Motion
Verschwundene Stimmzettel: Wann wusste der Kanton Bern davon? (Andreas Blank)	Interpellation
Verschwundene Stimmzettel: Warum wurde der Regierungsrat nicht früher orientiert? (Andreas Blank)	Interpellation
Volkswillen respektieren – Abstimmungsresultat anerkennen (Andreas Blank, Manfred Bühler)	Motion
Die Schlossbergschule darf nicht geschlossen werden (Bethli Küng et. al.)	Motion

Impressum

Redaktion
Aliki M. Panayides, Bern, Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch, Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout
Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier
Utzenstorf Papier, Zeitungsdruck Edelweiss, Weisse 80, 60 gm2

Manfred Bühler neu 3. Vizepräsident der SVP Kanton Bern

Stärkung des Berner Juras

Mit der einstimmigen Wahl von Grossrat Manfred Bühler als neuen, 3. Vizepräsidenten haben die Delegierten der SVP Kanton Bern am 9. Februar ein starkes Zeichen für den Berner Jura gegeben. Sie haben bekräftigt, dass der Berner Jura weiterhin im Parteivorstand und neu sogar in der Geschäftsleitung der Partei eine Stimme haben soll, nachdem die Region zur Zeit keinen Vertreter mehr im nationalen Parlament hat.

Der Berner Jura steht mit den neuerlichen Diskussionen rund um die Kantonszugehörigkeit vor grossen Herausforderungen. Die SVP Kanton Bern setzt sich seit jeher für zweisprachigen Kanton Bern und seine Brückenfunktion ein. Der Einsatz für den Verbleib des Berner Jura im Kanton Bern ist dabei ein wichtiger Mosaikstein. Mit Grossrat Bühler im Vizepräsidium wird sich die SVP noch deutlicher für dieses Ziel engagieren können.

Steckbrief Manfred Bühler

Geboren am:	10.04.1979
Wohnort:	Cortébert
Berufliche Tätigkeit:	Rechtsanwalt
Sprachen:	Französisch, Deutsch, Englisch
Politische Mandate:	Grossrat seit 2010, Mitglied der Députation seit 2010, Mitglied des Conseil du Jura bernois seit 2006 (Präsident 2011/2012), Gemeinderat von Cortébert 1998–2010
Hobbys:	Jogging, Mountainbike, Skifahren, Sport allgemein und Kino

« Merci de votre confiance!

Je tiens à remercier les délégué(e)s de l'UDC du canton de Berne qui m'ont porté à la vice présidence du parti cantonal le 9 février dernier.
C'est une grande marque de confiance et je m'engagerai avec force pour être à la hauteur de cette tâche.
Les défis pour l'UDC sont nombreux, que ce soit pour reconquérir une majorité bourgeoise au Conseil-exécutif, maintenir une majorité bourgeoise au Grand Conseil ou renforcer les liens entre le Jura bernois et le reste du canton.
En tant que vice-président francophone, je travaillerai dans ce sens pour le bien de la population du canton de Berne. »